

NDR Info Das Forum

22.10.2016 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

23.10.2016 /12.30-13.00 Uhr

Joachim Hagen

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/info

Inhalt:

- Hilfe für deutsche Werften - Bundestagsinitiative für die Beschaffung von fünf Korvetten
- Falsche Drohne für die Bundeswehr? Kritik an der Entscheidung für das israelische Waffensystem Heron TP
- Reparaturanfällige Gorch Fock – Schulschiff verzichtbar für die Kadettenausbildung?
- Zu viele Aufgaben für Sophia? EU-Mittelmeer-Operation am Limit

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Am Mikrofon begrüßt Sie Joachim Hagen. Und das sind unsere Themen:

- Falsche Drohne für die Bundeswehr? Kritik an der Entscheidung für das israelische Waffensystem Heron TP
- Reparaturanfällige Gorch Fock – Segelschulschiff verzichtbar für die Kadettenausbildung? Und:
- Zu viele Aufgaben für Sophia? EU-Mittelmeer-Operation am Limit

Zunächst aber zu einem anderen Thema: Es war schon ein erstaunlicher Coup, den zwei Mitglieder des Haushaltsausschusses in den vergangenen Wochen eingefädelt haben. Der Sozialdemokrat Johannes Kahrs aus Hamburg und der CDU-Politiker Eckhard Rehberg aus Mecklenburg-Vorpommern haben eine Initiative gestartet um fünf zusätzliche Korvetten der Braunschweig Klasse anzuschaffen. Ein Großauftrag für die norddeutschen Werften. Das merkwürdige daran: bislang wusste niemand, dass die Marine diese fünf zusätzlichen Schiffe braucht. Erst vor einem halben Jahr hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ihre Wunschliste für die Waffensysteme der Bundeswehr bis zum Jahr 2030 vorgelegt. Darin stand nichts von zusätzlichen Korvetten. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Oberst Boris Nannt, hatte deshalb auch

Anfang der Woche einige Schwierigkeiten zu erklären, warum sein Ministerium die Initiative trotzdem unterstützt.

O-Ton Nannt

„Ich denke, wichtig ist, zu sehen: Die Welt hat sich gedreht. Das habe ich gerade geäußert. Wenn man das Weißbuch sieht und wenn man sieht, welche Herausforderungen bestehen, dann versteht man, dass es einfach falsch wäre, zu sagen: Wir haben einmal so entschieden, und so lassen wir es. - Sondern man muss das auch immer wieder neu bewerten. Das ist gerade der entscheidende Punkt: Dass man von den starren Grenzen weg ist, wie ich eben schon zu Ihnen sagte. Man bewertet es. Man hat jetzt vielleicht eine Möglichkeit, eine Chance. Wie gesagt: Diese Initiative ist in enger Abstimmung mit uns erfolgt.“

Hintergrund dieses plötzlichen Sinneswandels ist offenbar, dass sich die Beschaffung eines anderen Großprojektes der Marine verzögert. Es geht um das Mehrzweck-Kampfschiff 180. Die Verhandlungen über den Bau der vier Kampfschiffe dauern länger als geplant. Auch weil die Werften die finanziellen Risiken für die Entwicklung selbst übernehmen sollen. Geplant war ursprünglich, den Vertrag noch vor der Bundestagswahl im September des kommenden Jahres zu unterschreiben. Da das Geld für die Mehrzweck-Kampfschiffe also nicht wie geplant ausgegeben werden kann, sollen jetzt die fünf Korvetten - so zu sagen - dazwischen geschoben werden. Das geht aber nur, wenn der Auftrag nicht neu ausgeschrieben werden muss. Im Verteidigungsministerium geht man offenbar davon aus, dass es sich nur um die Ausweitung eines schon bestehenden Beschaffungsvorhabens handelt. Fünf Korvetten der Braunschweig Klasse wurden ja schon gebaut. Wegen technischer Probleme hatte sich aber die Fertigstellung um Jahre verzögert. Und die Kinderkrankheiten scheinen immer noch nicht ausgestanden zu sein: Die Außenhaut des Schiffes sei zu dünn, so ein Vorwurf. Die Gefahr, dass der Rumpf bei einem unsanften Anlegemanöver beschädigt werde, groß.

Kurz: Die Marine braucht eine Korvette, die auf dem neuesten technischen Stand ist. Und dafür müsste man den Auftrag neu ausschreiben. Aber einen fertigen Vertrag bis zur Bundestagswahl, den wird es wahrscheinlich auch nicht geben.

Bewaffnete Drohnen gelten als Waffe der Zukunft. Sie können Ziele aus der Luft angreifen, kosten weniger als Kampfflugzeuge und die eigenen Soldaten

geraten nicht in Gefahr getötet zu werden. Vor zwei Jahren hatte sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen dafür ausgesprochen, auch für die Bundeswehr solche waffenfähigen Drohnen anzuschaffen. Nach dem Willen des Verteidigungsministeriums soll es die israelische Drohne vom Typ Heron TP werden. Aber bis diese Waffe für die Bundeswehr fliegt, wird es offenbar auch noch länger dauern als geplant. Christian Thiels zu den Gründen.

Manuskript Christian Thiels

Sehr bedrohlich klingen sie nicht und irgendwie sehen sie auch nur aus wie überdimensionierte Modellflugzeuge. Doch die HeronTP-Drohnen des israelischen Herstellers IAI und des Rüstungskonzerns Airbus sind präzise Kampfmaschinen. Sie können stundenlang in der Luft bleiben und ihre Ziele punktgenau mit Raketen vernichten. Solche Maschinen hätte auch die Bundeswehr gerne. Bislang setzen die deutschen Streitkräfte nur unbewaffnete Drohnen ein.

Gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien soll bis 2025 eine europäische Kampfdrohne entwickelt werden. Bis die kommt, soll die Heron TP als Zwischenlösung geleast werden. Doch daraus wird vorerst nichts. Ein Gerichtsstreit mit der US-Firma General Atomics, die die berühmten Predator-Drohnen herstellt, verzögert die Beschaffung für voraussichtlich etliche Monate. Ob die Verträge noch vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 unterschrieben werden, hält Christian Mölling vom Forschungsinstitut German Marshall Fund für fraglich.

O-Ton Mölling

„Es sieht zurzeit nicht so aus, weil ja offenbar der notwendige Gerichtsentscheid noch einige Monate dauern wird und wir damit komplett schon im Wahlkampf und im Grunde schon ganz kurz vor der nächsten Bundestagswahl sind. Also das heißt: Die Beschaffung der Zwischenlösung wird wohl nicht kommen. Dann ist das Problem mindestens in die nächste Wahlperiode verschoben. Das hat man ja ohnehin schon die ganze Zeit versucht aus dem Ministerium, diese heiße Kartoffel loszuwerden.“

Denn die Beschaffung von Kampfdrohnen ist nicht besonders populär in der deutschen Bevölkerung. Womöglich kam auch deshalb das Konkurrenzmodell der Heron TP, die US-Drohne Predator, zu Deutsch Raubtier, für das Ministerium nicht in Frage. Die Amerikaner nutzen die Predator für völkerrechtlich

höchst umstrittene gezielte Tötungen. Die Maschine hat ein massives Image-Problem. Noch einmal Christian Mölling:

O-Ton Mölling

„Also wenn sie Drohne in Deutschland sagen, dann haben sie von vorne herein zehn Minuspunkte und wenn sie Predator sagen, dann haben sie wahrscheinlich 50 Minuspunkte schon dafür gekriegt“

Die medienbewusste Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wolle genau das verhindern, heißt es von den Amerikanern: Mit der Botschaft, ihr Predator sei leistungsfähiger und günstiger, wird derzeit versucht, vor allem die Parlamentarier im Haushaltsausschuss des Bundestages zu beeinflussen.

Das Verteidigungsministerium führt allein sachliche Gründe für die Entscheidung pro Heron TP an. Vor einem Mikrophon will sich allerdings niemand aus dem Wehressort zur Thematik äußern – zu heikel ist die ganze Sache wohl. Schriftlich erklärt das Ministerium:

„Mit dem ausgewählten System ist insbesondere auch ein einfacherer und damit friktionsfreier Übergang vom derzeit genutzten HERON 1 gegeben.“

Anders formuliert: Die Umschulung der Piloten sei viel einfacher. Doch reicht das als Grund? Tobias Lindner, der für die Grünen sowohl im Haushalts- als auch im Verteidigungsausschuss sitzt, hat da seine Zweifel:

O-Ton Lindner

„Wir haben die Ministerin selbst gefragt: Gibt es denn da politische Gründe für die Entscheidung? Sagen Sie es uns, dann verstehen wir wenigstens, warum man sich so entschieden hat. Auf die Frage haben wir bis heute keine Antwort erhalten.“

Wo Antworten fehlen, wuchern die Vermutungen. So mancher glaubt, dass auch das besondere Verhältnis zu Israel mit dem Deutschland seit Jahren eine intensive, aber eher lautlose Rüstungszusammenarbeit verbindet, eine Rolle gespielt haben könnte. Das allerdings hält die sozialdemokratische Bundestags-Abgeordnete Karin Evers-Meyer, die im Haushaltsausschuss für den Etat der Streitkräfte zuständig ist, für übertrieben.

O-Ton Evers-Meyer

„Also wir hatten nicht den Eindruck, dass das etwas mit Staatsräson gegenüber Israel oder so zu tun hat. Das war eine reine Entscheidung des Generalinspektors, der gesagt hat: die Bundeswehr braucht diese Drohne.“

Das Ministerium verweist in diversen teils vertraulichen Dokumenten auf die – so wörtlich - „bewährte Kooperation“ mit den Israelis bei der bislang verwendeten Heron1-Drohne. Vom Know-How Israels könne außerdem die Entwicklung der europäischen Drohne profitieren.

Doch die anderen Partner für die Eurodrohne, nämlich Frankreich, Italien und Spanien haben ihre Zwischenlösung bei den Amerikanern bestellt – wie übrigens auch die Briten. Im Bendlerblock, dessen Chefin gerne die gute Zusammenarbeit in Europa betont, hat niemand bei den Verbündeten nachgefragt, warum sie denn den Predator gekauft haben. Ziemlich einsilbig heißt es auf die entsprechende Frage:

Zitat

„Das Bundesministerium der Verteidigung hat keine Kenntnisse über die Entscheidungsfindung der NATO-Länder Großbritannien und Frankreich.“

Kein Meisterstück der vielbeschworenen gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa, kritisiert der Grünen-Haushälter Lindner.

O-Ton Linder

„Also natürlich muss man sich die Frage stellen, ob Deutschland da technologisch einen Sonderweg geht, wenn alle Nationen drum herum auf ein anderes Produkt setzen. Es kann ja sein dass das Produkt Heron tatsächlich das bessere ist auch das günstigere oder wirtschaftlichere, aber ich habe bis heute keine vergleichende Untersuchung zwischen dem amerikanischen und dem israelischen gesehen aus der ich ableiten könnte, warum sich das Verteidigungsministerium so entschieden hat.“

Und solange solche Unterlagen nicht vorliegen, haben selbst Koalitionsabgeordnete, wie die Sozialdemokratin Karin Evers-Meyer, Bauchschmerzen, der israelischen Drohne mal eben den politischen und finanziellen Segen zu geben:

O-Ton Evers-Meyer

„Wir haben bisher vom Haushaltsausschuss noch keine Unterlagen bekommen, so dass wir die beiden Angebote nebeneinander legen und vergleichen können und solange wir das nicht haben, können wir auch nicht entscheiden.“

Das allerdings dürfte eine Entscheidung ausgesprochen schwer machen, denn das Verteidigungsministerium teilt schriftlich mit:

Zitat

„Es liegt kein offizielles Angebot der Firma General Atomics vor. Im Vergabeverfahren wurde nur die Firma Airbus zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.“

Weniger bürokratisch formuliert: Das Ministerium hat einzig und allein das Konsortium aus Airbus und den Israelis um ein Angebot für die Drohne gebeten. General Atomics sieht darin eine Form der Produktdiskriminierung und hat deshalb geklagt. Und das Oberlandesgericht in Düsseldorf hat offenbar eine gewisse Sympathie für die Sichtweise der Amerikaner. Jedenfalls hat die Kammer der Bundeswehr verboten, Verträge zu unterzeichnen, solange es noch kein Urteil gibt. Ein juristisches Debakel mit Ansage, sagt Tobias Lindner von den Grünen:

O-Ton Lindner

„Man muss sagen: Das Ministerium hat sich an der Stelle die Soße selbst eingebrockt. Also, dass die Vergabeentscheidung so angreifbar juristisch ist, liegt eben auch daran, dass das Ministerium keine Wirtschaftlichkeitsvergleiche angestellt hat.“

Das ist auch der Bundeswehr-Führung nun offenbar aufgefallen. Jedenfalls lässt die zuständige Rüstungsstaatssekretärin derzeit die Wirtschaftlichkeit zumindest des Angebotes von Airbus und den Israelis prüfen. Doch selbst wenn die Zahlen am Ende überzeugen sollten, bleiben doch viele Fragen. Denn zu den Plänen des Verteidigungsministeriums gehört auch, dass die neuen Kampfdrohnen weit weg von Deutschland in Israel stationiert werden. So kann man womöglich die strikten Zulassungsregeln für den europäischen Luftraum umgehen. Daran scheiterte ja schon die Aufklärungsdrohne Eurohawk. Doch Oppositionspolitiker, wie Andrej Hunko von der Linkspartei, sehen in der Stationierung in Israel auch erhebliche Risiken.

O-Ton Hunko

„Wir sehen im Moment an der Auseinandersetzung um Incirlik in der Türkei, wie schwierig es ist, manchmal auch eine parlamentarische Kontrolle auch von militärischen Einsätzen zu gewährleisten und wie abhängig man ist, von der jeweiligen Regierung. Das gilt natürlich auch für Israel. Die Stationierung dort,

die Kooperation, vielleicht auch das besondere Verhältnis zu Israel – ich fürchte, dass es das noch schwerer machen wird.“

Ob es aber wirklich dazu kommt, ist ungewiss. Denn womöglich muss nach einem Urteil im Streit um den Drohnen-Deal das gesamte Beschaffungsverfahren noch einmal neu aufgerollt werden. Noch einmal Tobias Lindner von den Grünen:

O-Ton Lindner

„Mich würde es nicht überraschen, wenn das Thema für diese Legislatur damit wirklich tot ist. Kampfdrohnen sind ja ein politisch extrem heikles Thema und auch innerhalb der Koalition ist das ja auch nicht unumstritten. Also das ist ein ganz heißes Eisen. Ich habe so ein bisschen den Eindruck, die Ministerin ist froh, wenn sie das heiße Eisen nicht anfassen muss.“

Denn auch Ursula von der Leyen weiß, dass man sich mit einer Entscheidung für die Beschaffung von Kampfdrohnen keine Lorbeeren verdient. Womöglich setzt sie darauf, dass jemand anders und nicht sie selbst sich diesen politischen Sprengsatz unter den Ministersessel legen muss.

* * *

Hagen

Christian Thiels über die schwierige Beschaffung waffenfähiger Drohnen für die Bundeswehr.

Das Segelschulschiff Gorch Fock ist das Aushängeschild der Deutschen Marine. Aber sie ist in die Jahre gekommen. Mit fast 60 Jahren ist der Großsegler das älteste Schiff der Marine. Und damit wird die alte Dame auch immer anfälliger für Reparaturen. Und die gehen in die Millionen. Das Schiff kostet inzwischen ein Vielfaches des Anschaffungspreises von damals 8 Millionen D-Mark. Außerdem fehlt die Gorch Fock immer öfter bei der Offiziersausbildung. Lohnt sich der Betrieb des Segelschulschiffes überhaupt noch? Peer Axel Kroeske ist dieser Frage nachgegangen.

Manuskript Peer-Axel Kroeske

Wohl kaum ein Symbol hat bei der Marine einen vergleichbaren Status wie die Gorch Fock. Erinnerungen an die Wochen an Bord verbinden auf der Führungsebene jung und alt, wenngleich der Marinesprecher in Kiel Achim Winkler da unterscheidet:

O-Ton Winkler

„In den heutigen älteren Generationen wird die Gorch Fock zum Teil differenziert betrachtet, weil viele nicht sehr gerne an diese Zeit zurück denken. Das war aber auch eine Zeit – da herrschten andere Verhältnisse, was den Umgang miteinander angeht. Fakt ist aber, dass in den jüngeren Generationen ich keinen kenne, der dieses Schiff oder dieses Ausbildungsprinzip in Frage stellen würde. Ich kenne keinen.“

Wer das Segelschulschiff in Frage stellt, läuft bei der Marine allerdings auch schnell Gefahr, ins Abseits zu geraten. Die Diskussionen nach den tödlichen Unfällen an Bord waren den Verantwortlichen sichtlich unangenehm. Es musste kräftig im Gebälk knirschen, bevor schließlich ein großer Übungsmast für die gut 200 Kadetten pro Jahrgang an Land an der Marineschule in Flensburg-Mürwik installiert wurde. Inzwischen sind die jungen Frauen und Männer besser auf das Aufentern der rund 30 Meter hohen Masten vorbereitet. Doch nun kommen sie gar nicht mehr auf das Schiff. Seit Dezember liegt die Gorch Fock in der Werft im niedersächsischen Elsfleth, zwischenzeitlich auch im Dock in Bremerhaven. Grund für den langen Aufenthalt ist, dass die schiffbauliche Untersuchung, eine Art Schiffs-TÜV im 5 Jahresrhythmus, vorgezogen wurde, um Zeit und Kosten zu sparen, so Winkler:

O-Ton Winkler

„Man hat dann dabei entdeckt, dass im Bereich der Masten und der Rahen Schäden sind, die man wohl hätte reparieren können. Trotzdem hat man dann einmal auf Halt gedrückt und gesagt: Wir treffen jetzt eine grundlegende Entscheidung. Und im Rahmen eines langfristigen Werterhalts gönnen wir dem Schiff neue Masten und neue Rahen. Und im weiteren Verlauf hat man dann festgestellt, dass das Oberdeck Schäden hat. Das liegt zum Teil an dem Stahldeck, zum Teil aber auch an dem oben aufgelegten Holzdeck. Ob es hier um das komplette Deck geht oder um Teile – das ist noch Gegenstand der Untersuchung. Da haben wir noch keinen endgültigen Befund.“

Und es könnten auch noch weitere Schäden auftauchen. Mindestens bis April 2017 soll der Werftaufenthalt dauern, wahrscheinlich länger. Darüber will die

Marine nicht spekulieren. Nach Angaben des zuständigen Bundesamtes für Ausrüstung der Bundeswehr wurden in den vergangenen sechs Jahren bereits 22 Millionen Euro für die Sanierung der Bark ausgegeben. Ein zweistelliger Millionenbetrag kommt jetzt noch einmal hinzu. Damit gerät die Gorch Fock in schwere See. Sie dient bereits als Beispiel für Steuerverschwendung. So hat das Segelschulschiff es in diesem Jahr ins Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Schleswig-Holstein geschafft, das der Landesvorsitzende Aloys Altmann Anfang des Monats vorgestellt hat:

O-Ton Altmann

„Man mag es als Nichtexperte kaum glauben, dass die immensen, immer wieder neuen Roststellen immer wieder vollkommen überraschend für die Verantwortlichen sind. Darum drängt sich die Frage auf, ob hier der tatsächliche Sanierungsbedarf nicht möglicherweise absichtlich nur scheinbar an die Öffentlichkeit kommen soll. Auf jeden Fall – auch das haben wir errechnet – wäre inzwischen ein Neubau günstiger als die ständigen Werftliegezeiten der alten Bark – was im Übrigen ja auch die Ausbildung der Marinesoldaten beeinträchtigt.“

Als Beispielmann nannte Altmann das private Segelschulschiff „Alexander von Humboldt II“. Der Dreimaster sei 2011 für nur 15 Millionen Euro neu gebaut worden. Die kritischen Stimmen mehren sich also. Tobias Lindner sitzt für die Grünen im Bundestag. Er ist Mitglied im Verteidigungsausschuss:

O-Ton Lindner

„Ich erkenne an, dass es durchaus Sinn machen kann, auch heutzutage noch Segelschulschiffe einzusetzen. Aber das kann nicht heißen, die Gorch Fock unbedingt um jeden Preis zu halten bzw. nicht die Augen aufzumachen, ob man bei der Ausbildung mit Segelschulschiffen auch mit anderen Nationen kooperieren kann.“

Lindner sieht die Möglichkeit, die Streitkräfte auf diese Weise innerhalb der EU mehr zusammen rücken zu lassen.

O-Ton Lindner

„Also ich finde es gut, dass nach der ganzen Brexit-Debatte endlich mal ernster diskutiert wird: Welche Felder gibt es in der gemeinsamen Verteidigungspolitik, wo man sich in Europa weiter entwickeln kann. Wenn Offiziere gemeinsam ausgebildet werden, dann können sie nachher in Einsätzen viel besser gemeinsam arbeiten. Deshalb könnte ich mir gut ein gemeinsames Schulschiff da vorstellen.“

Verhalten bewertet solche Ideen der ehemalige Leiter des Fachbereichs für Sicherheitspolitik an der Führungsakademie der Bundeswehr Heinz-Dieter Jopp. Die Marine könne einen Neubau, der seiner Meinung nach möglicherweise mehr als 100 Millionen Euro kosten würde, nicht ohne Weiteres finanzieren.

O-Ton Jopp

„Also ein Neubau ist auf jeden Fall teurer und im Endeffekt müssen Sie ja die Gelder freigeben zusätzlich zu den Mitteln der Marine, die eh schon vorne und hinten nicht reichen.“

Und auch die europäische Variante hat aus seiner Sicht einen Haken.

O-Ton Jopp

„Das Grundproblem ist, dass es kaum noch europäische Marinen gibt, in der EU und in der NATO, die eine Segelschulschiffausbildung betreiben. Wenn man genau hinguckt, ist das noch Portugal, Italien, mit Abstrichen Spanien und dann sind wir schon fast am Ende. Und dann kommt noch Norwegen.“

Dennoch findet der ehemalige Marineoffizier Jopp die Idee eines europäischen Segelschulschiffes interessant.

O-Ton Jopp

„Ja, hätte schon einen Reiz. Kann ich nicht abstreiten.“

Marinesprecher Achim Winkler erteilt solchen Gedankenspielen allerdings eine Absage. Die Entscheidung, das alte Schiff zu sanieren, sei gefallen. Ein Neubau – ob als gemeinsames europäisches Projekt oder allein für die Deutsche Marine - sei keine Option.

O-Ton Winkler

„Klare Antwort: Nein. Diese Diskussion hat es nicht gegeben. Die gibt es auch im Moment nicht. Würde man jetzt entscheiden, den Knopf auf Halt zu drücken und ein neues Schiff zu bauen, würde das bedeuten, dass das ja nicht morgen an der Pier liegt. Es würde mehrere Jahre dauern, bis der Entwicklungs- / Projektierungsprozess durch ist und das Schiff dann tatsächlich gebaut ist. Für mehrere Jahre hätte die Marine gar keine Plattform für die grundlegende seemännische Ausbildung.“

Doch wie wichtig ist die Gorch Fock, um seemännische Kenntnisse zu erwerben - zumal die kleinen Dienstsegelboote der Marineschule Mürwik ja auch zur Verfügung stehen? Werden die Offiziersanwärter ohne die Gorch Fock jetzt schlechter ausgebildet? Die Antwort des Marinesprechers auf die Frage überrascht:

O-Ton Winkler

„Die Frage möchte ich klar mit Nein beantworten. Ich bin kürzlich schon mal zitiert worden mit der Aussage: Die Marine wird auch ohne diese Segelschiffsausbildung keine schlechteren Offiziere hervorbringen. Das ist mir natürlich gleich im Mund umgedreht worden nach dem Motto ‚Wir brauchen dieses Schiff nicht‘. Der Punkt ist aber, dass für die Marine dieser Baustein ein ganz wichtiger auf dem Weg zum Marineoffizier ist, weil die meisten bisher überhaupt keine Erfahrung mit diesem Metier haben. Und das ist ein prägendes Erlebnis.“

Vor 15 Jahren musste die Marine schon einmal längere Zeit auf die Gorch Fock verzichten. Damals wurde der norwegische Großsegler Stadsrat Lehmkuhl als Ersatz gechartert:

O-Ton Winkler

„ ... mit am Ende sehr guten Ergebnissen, sehr gutem Erfolg.“

Ob diesmal Ersatz möglich ist, wird laut Winkler gegenwärtig geprüft. Ein gemietetes Segelschiff - könnte das vielleicht eine Alternative sein – auch für längere Zeit? Für den Verteidigungspolitiker und Haushälter der Grünen, Tobias Lindner, ist das vor allem eine Kostenfrage. Er fordert das Verteidigungsministerium auf, möglichst schnell Zahlen auf den Tisch zu legen:

O-Ton Lindner

„Ich würde gerne wissen, welche Instandhaltungsmaßnahmen zu welchem Preis bei der Gorch Fock jetzt notwendig sind. Und dann muss man das vergleichen mit Alternativen, die da eben lauten können: Entweder man mietet was oder nutzt was gemeinsam oder beschafft gemeinsam was Neues. Da muss man einfach die Zahlen vergleichen, um zu sehen, was die beste und wirtschaftlichste Lösung ist.“

Für die Marine ist das Festhalten an der Gorch Fock die beste Lösung. Doch wenn das fast 60 Jahre alte Segelschiff aufgrund seiner Reparaturanfälligkeit finanziell zu einem Fass von Boden wird, dann könnte der Dreimaster den Rückhalt in der Politik verlieren.

* * *

Hagen

Peer Axel Kroeske über die Zukunft des Segelschulschiffes Gorch Fock. Das vollständige Interview mit dem Verteidigungsexperten der Grünen, Tobias Lindner, finden Sie auf unserer Internet-Seite: ndr.de/streitkraefte.

Anfang der Woche verließ das Versorgungsschiff der Bundesmarine „Main“ seinen Heimathafen Eckernförde um sich an der Operation Sophia vor der libyschen Küste zu beteiligen. Das Ziel der europäischen Militärmission ist es, vor allem Schleusern das Handwerk zu legen, aber auch Flüchtlinge aus Seenot zu retten. Nun hat Sophia zusätzliche Aufgaben bekommen: So sollen die Soldaten auch die libysche Küstenwache ausbilden. Aber schon mit den ursprünglichen Zielen gibt es Schwierigkeiten. Jerry Sommer berichtet.

Manuskript Jerry Sommer

Zwei deutsche Kriegsschiffe mit insgesamt 130 Soldatinnen und Soldaten beteiligen sich gegenwärtig an der EU-Militäroperation Sophia im Mittelmeer. Insgesamt gehören sieben Kriegsschiffe, vier Hubschrauber und drei Flugzeuge zu dieser Mission - aus Italien, Spanien, Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Sie war von der EU im Frühjahr 2015 beschlossen worden, nachdem über tausend Flüchtlinge innerhalb weniger Tage vor der italienischen Küste bei Lampedusa ertrunken waren. Allerdings wurde die Militärmission von den EU-Staaten nicht vorrangig als Seenotrettungsaktion begründet. Auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums heißt es entsprechend:

Zitat

„Kernauftrag der Operation ist die Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke vor der libyschen Küste.“

Da alle Schiffe zur Rettung Schiffbrüchiger verpflichtet sind, hat die Operation Sophia natürlich auch dazu beigetragen, Menschenleben zu retten. Allein in den vergangenen fünf Monaten wurden 14 000 Flüchtlinge von den sieben EU-Kriegsschiffen in Sicherheit gebracht – eben so viele wie die drei Schiffe der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ im gleichen Zeitraum vor der libyschen Küste bergen konnten. In Bezug auf die Seenotrettung leiste die „Operation Sophia“ einen sehr guten Job, findet der Marineexperte Peter Roberts vom

„Royal United Services Institute“ in London, das den britischen Streitkräften nahesteht. Aber:

O-Ton Roberts (overvoice)

„In Bezug auf das eigentliche Mandat der EU-Mission, nämlich das Geschäftsmodell der Menschenschmuggler zu zerstören, ist die Mission ein einziger Fehlschlag“.

Die EU-Kriegsschiffe haben in einem Jahr ganze 89 vermeintliche Schmuggler an die italienischen Behörden übergeben. Kein großer Erfolg, sagt die Migrationsexpertin Anne Koch von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Koch

„Es heißt aus glaubwürdigen Quellen, dass es dabei in vielen Fällen um Flüchtlinge geht, die Boote gesteuert haben. Es liegt auf der Hand, dass man auf diesen Booten nicht die eigentlichen Drahtzieher der Schleusernetzwerke findet.“

Wenn man wirklich die Schleuserorganisationen treffen wollte, müsste man mit polizeilichen und geheimdienstlichen Mitteln in Libyen aktiv werden – nicht mit Militär auf hoher See, meint auch Peter Roberts von Londoner „Royal United Services Institute“. Doch selbst dann dürfe man sich keine Illusionen machen:

O-Ton Roberts (overvoice)

„Solange ein Bedarf da ist, wird es auch Schleuserorganisationen geben. Langfristig, leider sehr langfristig, ist ein Lösung nur möglich, wenn man die Lebensbedingungen in Afrika verändert - dort, wo die Flüchtlinge herkommen.“

Die Soldaten der Operation Sophia haben bisher 319 Boote zerstört, die benutzt wurden, um Flüchtlinge aus Libyen nach Europa zu bringen. Das sei ein Erfolg, heißt es sowohl in Brüssel als auch in Berlin. Aber 80 Prozent dieser Boote waren Schlauchboote, die ohnehin nur für eine Fahrt gedacht waren. Außerdem wurden die Hoffnungen enttäuscht, durch die EU-Militäroperation werde die Zahl der Flüchtlinge sinken. Mit über 140 000 sind in diesem Jahr genauso viele über die Libyenroute nach Italien gelangt wie im vergleichbaren Zeitraum 2015. Immerhin: Offensichtlich hat die Operation nicht dazu geführt, dass mehr Flüchtlinge die Überfahrt wagen, weil sie darauf setzen, von den EU-Schiffen gerettet zu werden.

Die Zahl der ertrunkenen Flüchtlinge ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent gestiegen. Wir brauchen mehr Schiffe zur Seenotrettung, sagt Florian Westphal von „Ärzte ohne Grenzen“:

O-Ton Westphal

„Leider hat es wieder weit über 3.000 Tote gegeben. Daran sieht man, dass die bestehenden Bemühungen für die Seenotrettung nicht ausreichen und dass es enorm wichtig ist, dass von den EU-Mitgliedsstaaten noch mehr getan werden kann, damit weniger Menschen ertrinken.“

Niemand in der EU denkt gegenwärtig jedoch daran, der Militäroperation Sophia mehr Schiffe zur Verfügung zu stellen. Der Deutsche Bundeswehrverband hält schon den jetzigen Einsatz der Marine bei der Flüchtlingsrettung für langfristig untragbar - eine Aufgabe, die nicht zu den Kernaufgaben der Bundeswehr gehöre. Fregattenkapitän Marco Thiele vom Bundeswehrverband:

O-Ton Thiele

„Es geht gerade irgendwie so noch, aber das machen wir nicht noch die nächsten ein, zwei, drei Jahre. Das wird einfach nicht funktionieren, weil die Leute brauchen Pausen, die möchten gern mal länger als ein halbes Jahr zu Hause sein.“

Seit dem Sommer übernehmen die Soldaten der Operation Sophia noch neue Aufgaben, für die jedoch kaum zusätzliches Personal und Geld vorgesehen sind. Nun kontrollieren sie in internationalen Gewässern vor Libyens Küste auch Schiffe, wenn vermutet wird, dass Waffen geschmuggelt werden. So soll das internationale Verbot von Waffenexporten nach Libyen besser durchgesetzt werden. Bisher kamen die Waffen an die verschiedenen in Libyen kämpfenden Parteien über den Landweg. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass bei den fünf bisher durchsuchten Schiffen keine Waffen gefunden wurden. Umstritten ist ebenfalls die zweite neue Aufgabe der Operation Sophia: Die Ausbildung der libyschen Küstenwache.

In wenigen Tagen soll auf Kriegsschiffen der Operation Sophia zudem ein Kurs mit 80 Angehörigen der libyschen Marine beginnen. Ausgesucht wurden die Libyer durch die mit Hilfe der Vereinten Nationen Ende letzten Jahres gebildete sogenannte „Einheitsregierung“. Doch neben dieser gibt es in Libyen gegenwärtig noch zwei weitere „Regierungen“, die sich alle untereinander bekämp-

fen. Die eine eroberte im September wichtige Öl-Förderanlagen von der „Einheitsregierung“. Die andere besetzte vor kurzem in Tripolis den Sitz der „Einheitsregierung“ und wird inzwischen von Teilen der Präsidentialgarde unterstützt. Zudem kontrollieren Terroristen des „Islamischen Staates“ ein Gebiet um die Hafenstadt Sirte. Unter diesen Bedingungen sei eine Zusammenarbeit mit der „Einheitsregierung“ höchst problematisch, sagt Anne Koch von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Koch

„Das sehe ich skeptisch, weil man der Einheitsregierung in Libyen im Moment nicht zutrauen kann, eine effektive Kontrolle über alle lokalen Einsatzkräfte zu haben inklusive der Küstenwache.“

Außerdem gibt es Gerüchte, dass Mitglieder der libyschen Küstenwache korrupt sind und sich von Schleusern bestechen lassen. Ohnehin hat die libysche Küstenwache gegenwärtig nicht mehr als ein Dutzend Boote zur Verfügung, die meisten davon kleine Schlauchboote, die nur in unmittelbarer Küstennähe operieren können. Ein Vertreter der libyschen Marine hat zwar im August – wahrscheinlich unter Druck der EU - einen Kooperationsvertrag für die Ausbildungsmission unterschrieben. Allerdings erklärte der Sprecher der Marine, Brigadegeneral Ayoub Qasim, schon am folgenden Tag diese in einem Interview für völlig überflüssig.

Zitat

„Wir haben der EU gesagt, dass wir kein Training, sondern Boote und andere technische Ausrüstung brauchen. In Italien liegen zum Beispiel vier unserer Boote, die wir vor drei Jahren dort zur Reparatur hingeschickt haben. Die sind fertig, doch Italien gibt sie uns nicht zurück, weil bei uns die Sicherheitssituation unklar sei und keine Regierung existiere“.

Wenn die EU-Staaten mehr Flüchtlinge vor dem Ertrinken im Mittelmeer retten wollten, könnten sie zivile Organisationen damit beauftragen. Das dürfte sogar billiger sein, als die hochgerüsteten Kriegsschiffe ins Mittelmeer zu schicken, obwohl die Grundgehälter für die Soldaten keine Zusatzkosten verursachen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die EU-Staaten zivile Schiffe zur Rettung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer bezahlen werden. Die Regierungen scheinen davon auszugehen, dass eine EU-Militäroperation mit dem Einsatz

nationaler Kriegsschiffe publikumswirksamer ist. Das gilt umso mehr, als die Operation Sophia auch als Maßnahme ausgegeben wird, die hilft, die Anzahl der Flüchtlinge zu senken. Aber das entspricht nicht den Tatsachen.

* * *

Hagen

Soweit der Bericht von Jerry Sommer.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Im Dezember treffen sich in Hamburg die OSZE-Außenminister. Aus diesem Anlass veranstaltet NDR Info im November zusammen mit dem Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik eine Podiumsdiskussion. „Zwischen Abschreckung und Dialog – Europäische Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand“ – so der Titel der Veranstaltung am 23. November. Wenn Sie Interesse haben - Sie können sich anmelden auf unserer Internet-Seite: ndr.de/Streitkräfte. Dort finden Sie auch das Podcast dieser Sendung zum Nachhören. Am Mikrophon war Joachim Hagen.